



Bauboom allerorten: Will man in der Gemeinde Edewecht durch Ausweisung immer neuer Baugebiete noch mehr Flächen versiegeln? Was kann man hier für den Klimaschutz tun? Darüber soll nun weiter diskutiert werden.

DPA-BILD: CHRISTOPHE GATEAU

Klimanotstand in Edewecht?

ERDERWÄRMUNG Grüne wollen Resolution und klimaorientierte Entscheidungen

Was heißt das für eine Gemeinde, wenn der Klimanotstand ausgerufen wird? Was kann und will Edewecht für mehr Klimaschutz tun?

VON DORIS GROVE-MITWEDE

EDEWECHT – Die Folgen des Klimawandels sind in aller Munde und nicht nur Schüler fordern bei ihren Demonstrationen „Fridays for Future“, dass weltweit mehr für den Klimaschutz getan wird. Was kann eine Gemeinde wie Edewecht tun, um den Folgen des Klimawandels wie schmelzende Pole, steigende Meeresspiegel, Hitzeperioden, häufigere Unwetter und vieles mehr etwas entgegenzusetzen?

Vieles – ist sich die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sicher und hat gefordert, dass der Edewechter Rat die Resolution „Klimanotstand“ unterstützt und damit Maßnahmen gegen die Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität bewertet. Bei der Gemeindeverwaltung, so erläuterte Grüne-Fraktionssprecher Uwe Heiderich-Willmer, soll der Fachbereich III (Gemeindeentwicklung/Wirtschaftsförderung) um den Bereich Klimaschutz erweitert und einer der Mitarbeiter zum Klimaschutzbeauftragten ernannt werden. Bei allen Entscheidungen sollten ab sofort die „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ berücksichtigt

werden und wenn es sie gäbe, sollten klimaschonende Alternativen aufgezeigt werden. Erarbeitet werden solle auch ein Konzept für den Klimaschutz in Edewecht. Wenn man jetzt nicht handele, auch wenn Klimaschutz Edewecht etwas koste, würde man später viel, viel mehr bezahlen müssen. Bis zur Fachausschusssitzung im Herbst solle man, so Heiderich-Willmer, nicht mehr warten, sondern jetzt ein Zeichen setzen.

Kostenloser ÖPNV

Es sei, was die Klimaprobleme betreffe, längst viertel nach Zwölf, meinte der Linke-Ratsherr Michael Krause. Mit Baumwoll- statt Plastiktüten könne man die Welt nicht retten. Einige kurzfristige Maßnahmen könnten jedoch sein, dass jeder kostenlos den Öffentlichen Nahverkehr nutzen könne und somit weniger Abgase durch Autofahrten produziert würden, dass nur noch Glasflaschen verkauft würden oder Grundstückseigentümer beim Neubau von Häusern Bäume pflanzen müssten.

Verbote, Bevormundungen und mehr Bürokratie – das enthalte der Grüne-Antrag, meinte FDP-Fraktionsvorsitzender Rolf Kaptein. Von Klimanotstand in der Gemeinde Edewecht zu sprechen, sei übertrieben. Völlig inakzeptabel sei es auch, wenn ein Klimabeauftragter durch sein Engagement die Entscheidungen der politischen Gre-

mien aushebeln könne. Welche Folgen hätten Klimaschutzmaßnahmen für wichtige Unternehmen aus der Lebensmittelbranche? fragte Kaptein. Sollten diese großen Edewechter Arbeitgeber sich neue Standorte suchen? Das könne keiner wollen.

„Klimanotstand ist nicht unser Begriff, sondern einer für eine Resolution, die bereits von vielen Städten unterzeichnet wurde“, sagte Grüne-Ratsherr Detlef Reil. Es ginge nicht darum, dass ein Klimaschutzbeauftragter die Gremien ausbremse, sondern dem Klimaschutz bei Entscheidungen einen hohen Stellenwert zuzubilligen.

Wie Bürgermeisterin Petra Lausch sagte, würden bereits heute viele Entscheidungen in Edewecht unter dem Gesichtspunkt Nachhaltigkeit betrachtet. Im Übrigen fördere die Gemeinde seit Jahren über die Lokale Agenda Projekte zum Klimaschutz. Es gäbe zum Grünen-Antrag noch viele offene Fragen. Man müsse klären, was für Edewecht nachhaltig und zweckmäßig sei. Deshalb schlug sie vor, den Antrag im Herbst im Landwirtschaft- und Umweltausschuss zu beraten.

Das Thema sei sehr wichtig, meinte CDU-Ratsherr Dirk von Aschwege. Wie Edewecht mehr Klimaschutz umsetzen könne und was vernünftig und machbar sei, solle man in Ruhe diskutieren und das könne man nach der Sommerpause im Fachausschuss.

Es bringe doch nichts, jetzt

eine Schaufenster-Resolution zu beschließen, dazu sei Klimaschutz zu wichtig, sagte SPD-Fraktionsvorsitzende Freia Taeger. Der Antrag enthielte viele Anregungen, doch nicht alles sei umzusetzen. Auch Taeger forderte die Beratung im Fachausschuss.

Dem schloss sich auch UWG-Fraktionsvorsitzender Thomas Apitzsch an. Das Thema sei sehr vielschichtig, diskutieren müsse man z.B. auch über die E-Mobilität, denn Elektro-Autos seien nicht das Nonplusultra.

Einig in der Sache

„In der Sache sind wir uns doch einig, nur über den Weg haben wir verschiedene Auffassungen“, meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Jörg Brunßen und plädierte ebenfalls dafür, konkrete Maßnahmen im Ausschuss zu diskutieren. Berücksichtigen solle man dabei auch das Klimaschutz- und Energiekonzept des Landkreises. Für die Beratung im Ausschuss sprach sich zudem CDU-Ratsherr Christian Eiskamp aus.

Der junge SPD-Ratsherr Jost Urbanke hingegen meinte, dass nicht umsonst jeden Freitag Schüler für mehr Klimaschutz protestierten und Maßnahmen zu schnell auf die lange Bank geschoben würden. Jetzt müsse man handeln, das Thema zu vertagen, sei das falsche Signal.

Am Ende votierte der Rat einstimmig für die weitere Beratung im Ausschuss.

KOMMENTAR

Doris Grove-Mittwede meint, dass Klimaschutz dringender ist denn je



Jetzt muss gehandelt werden

Eine Resolution zum Klimaschutz? Das ist ein wichtiges Statement in Zeiten, in denen mancher noch immer nicht Folgen des Klimawandels wahr haben will. Eine Resolution, wie die Edewechter Grünen sie fordern, schafft Aufmerksamkeit für

PRO ...

ein Thema und kann – wenn viele Kommunen sie verabschieden – politischen Druck auf Land, Bund und EU erhöhen und nicht nur der jungen Generation zeigen, dass Politik handeln will. Das muss sie – auf allen Ebenen, wenn man die Folgen des Klimawandels noch mildern will.

Verbote, Bevormundungen Bürokratie – mit diesen Hinweis wird leider zu schnell argumentiert, wenn es um Wandel und neue (schmerzhaft) Wege geht. Natürlich muss man gemeinsam und demokratisch Lösungen suchen. Doch neue Regeln (oder gar Gesetze), wie sie nötig sind, beinhalten nun mal Verbote, Bevormundungen und Bürokratie. Soll man deshalb nichts machen?

Was kann man in Edewecht tun? Womöglich Monate in den Gremien diskutieren? Warum nicht eine Sonderratssitzung nur zum Thema Klimawandel ansetzen?

@ Die Autorin erreichen Sie unter Grove-Mittwede@infoautor.de

Jasper Rittner hält nichts von einer Klimaresolution



Nicht gut fürs Klima

Freitags-Demonstrationen von Schülern und die derzeitige Klimadiskussion haben den Grünen mächtig Auftrieb gegeben. Das haben auch die Ergebnisse der Europawahl gezeigt. Da ist er verständlich, dass die Öko-Partei

... UND CONTRA

nachlegt – und Land auf, Land ab – in Gemeinde- und Stadträten „Notstandsresolutionen“ durchsetzen will.

Wer nicht dafür ist, gilt als Klimawandelleugner und Umweltfeind. Dadurch wird eine Diskussion, wie sinnvoll welche Maßnahmen sein können, von vornherein im Keim erstickt. Es gibt nur noch

schwarz oder weiß und kein grau mehr.

Und: müssen wir wirklich einen „Notstand“ ausrufen, um umweltbewusster zu leben? Klimaschutz fängt in den Köpfen an. Man muss Menschen überzeugen und mitnehmen. „Notstandsresolutionen“ tun dies nicht. Sie haben den Charakter von Vorschriften.

Schon jetzt fühlen sich Menschen, die einen älteren Diesel fahren, an den Pranger gestellt. Auch wer Fleisch konsumiert, wird bisweilen zur Rede gestellt.

Gut fürs zwischenmenschliche Klima ist das nicht.

@ Den Autor erreichen Sie unter Rittner@infoautor.de